



Die NPD-Fraktion macht sich für bessere Bedingungen in Pflege- und Altenheimen stark und fordert Novellierung des Heimgesetzes.

Seite 2



Im Gespräch mit dem Abgeordneten Michael Andrejewski zum Thema „G-8-Gipfel und politische Verfehlungen der Landesregierung“.

Seite 3



Die NPD setzt sich für mehr Transparenz bei Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger ein. Doch dieses System behält sich vor, undurchschaubar zu bleiben!

Seite 4

Ausgabe 2 / 2007

Der Ordnungsruf

Hier sprechen wir!

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de

Volkswohl hat stets Vorrang

NPD-Fraktion für Erhalt wohnortnaher Schulen

Nach wie vor kommt es zu Beschwerden von Eltern über die langen Schulwege ihrer Kinder. Die NPD-Fraktion nahm sich der Sache an.

In einem Antrag (Drucksache 5/589) forderte sie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien mit schulpflichtigen Kindern. Während die Altparteien sich immer nur in Lippenbekenntnissen für eine familienfreundliche Politik üben, wollten die Abgeordneten der NPD endlich etwas unternehmen.

Die nationale Opposition forderte vom Landtag ein klares Bekenntnis zum Erhalt wohnortnaher Schulen. Seit Jahren betreiben die Systemparteien in diesem Bereich eine verheerende Kahlschlagpolitik – begrün-

det mit dem Scheinargument der „demographischen Entwicklung“. Wer aber hat den Mangel an Nachwuchs wohl zu verantworten? Vorschläge für eine vernünftige Bevölkerungspolitik zugunsten der Deutschen wurden von CDU bis LINKE mit einem Achselzucken bedacht, gar als „Biologismus“ diffamiert oder für längst überholt erklärt. Wir stehen nun vor den Trümmern dieses ideologisch motivierten Fehlverhaltens.

Mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen wie Neugeborenenbegrüßungsgeld, Müttergehalt und Ehekrediten ist es möglich, eine demographische Kehrtwende herbeizuführen. Dafür müßten die geschlossenen Schulen aber für Unsummen

wieder neu eingerichtet werden. Aus Sicht der NPD ist es daher sinnvoller, schon heute kleinere Klassen gesetzlich zuzulassen und auf diese Weise auch Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum zu erhalten. Denn: Wer auf's Land zieht, erkundigt sich bei der Auswahl des Wohnortes durchaus auch nach möglichst wohnortnaher schulischer Infrastruktur.

Das Kostenargument, welches die Altparteien immer wieder anführen, greift nicht: Während die Gemeinden sich der Schulträger-Kosten entledigen, werden sie den Landkreisen in Form von Beförderungskosten für immer länger werdende Schulwege aufgebürdet. Statt Kostensparnis also Kostenumverteilung. Kleinere Schulen sind



daher verstärkt zu fördern! Im Hinblick auf die Verbesserung der Unterrichtsqualität ist dies im Gegensatz zu den entstehenden „Lernfabriken“ ohnehin der richtige Weg.

Weiterhin enthielt der Antrag der NPD die Forderung, die Unzumutbarkeit von großen Schulwegentfernungen auf gesetzliche Weise zu verankern. Nach Vorstellung der nationaldemokratischen Fraktion dürften die Beförderungszeiten für Lernende an allgemeinbildenden Schulen – einschließlich der Umsteige- und Wartezeiten – nicht mehr als 45 Minuten pro Strecke betragen. Zwar gibt

es schon heute entsprechende, vom Bildungsministerium herausgegebene Richtlinien, doch haben diese nur Empfehlungscharakter. Eine gesetzliche Grundlage wäre dagegen verpflichtend und ein Beitrag zu verkürzten Schulwegen. So manche Schulschließung müßte dann besser durchdacht werden. Im Hinblick auf Konzentration, Leistungsfähigkeit und Freizeitgestaltung kämen derartige Regelungen den Kindern erheblich entgegen.

Die anderen Landtagsparteien lehnten die Verbesserungsvorschläge der NPD-Fraktion ohne große

Diskussion ab. Trotz erheblicher Mängel im Bildungsbereich scheint eine ernsthafte Beschäftigung mit der Thematik in Mecklenburg-Vorpommern unerwünscht zu sein. Nach dem Motto „Augen zu und durch“ finden die Fehler der rot-roten Koalition ihre Fortsetzung – auf Kosten unserer Kinder.

Die NPD-Fraktion findet sich damit nicht ab und wird auch künftig die Beseitigung von Mißständen im Bildungssystem einfordern. Die Bürgerinnen und Bürger können auch auf diesem Gebiet auf die NPD im Landtag zählen.

Früherkennungsuntersuchungen / Zentralregister für Sexualstraftäter

Schützt unsere Kinder!

In den letzten Monaten wurden immer wieder Fälle von Kindesmißhandlung und Verwahrlosung öffentlich. Schlagzeilen wie: „Kind halbverhungert in Wohnung gefunden“ oder „Vom Onkel mehrfach mißbraucht“ sind fast alltäglich. Dagegen etwas zu unternehmen, sollte eigentlich selbstverständlich sein – könnte man zumindest meinen.

Die NPD-Fraktion erarbeitete einen Gesetzentwurf, der die Früherkennungsuntersuchungen (U1 bis U10) für Kinder bis zum Schuleintrittsalter zur Pflicht machen sollte. Fälle von Vernachlässigungen, Fehlentwicklungen und Mißbrauch könnten dann besser und vor allem schneller erkannt werden.

Die Jugendämter hätten somit eine schnellere Eingriffsmöglichkeit und es wäre ausgeschlossen, daß Fälle von Mißbrauch und Verwahrlosung über Jahre hinweg nicht entdeckt werden.

Die Altparteien hingegen zeigten wieder einmal, daß ihnen Parteienganz und Pfründeabsicherung über das Kindeswohl gehen. In einer namentlichen Abstimmung lehnten sie den Gesetzentwurf der NPD-Fraktion ab. Begründet wurde ihr kurzsichtiges Verhalten mit der Tatsache, daß der Gesetzentwurf sich in wesentlichen Teilen an entsprechende Re-



gelungen im Saarland anlehnen würde und daher „abgeschrieben sei“. Wieso sollen bewährte Regelungen des Saarlandes nicht auch in Mecklenburg-Vorpommern Anwendung finden, wenn es den Kindern unseres Landes nützt? Mit blödsinnigen Argumenten wurde ein wirksamer Schutz der Kinder vor Vernachlässigung und Mißbrauch aus parteipolitischen Kalkül verhindert.

Auch die Forderung nach der Einrichtung eines Zentralregisters für Sexualstraftäter lehnten die Altparteien einstimmig ab. Verantwortlichen in Sportvereinen, bei den

Jugend-Feuerwehren und in anderen Organisationen, die mit Kinder- und Jugendarbeit betraut sind, sollte die Möglichkeit des Zugriffs auf eine Zentraldatenbank für Sexualstraftäter ermöglicht werden. Damit könnte der Nutzer sofort sehen, ob Mitarbeiter oder Bewerber für die Jugendarbeit in diesem Register erfaßt sind. Gerade im Hinblick auf Prävention vor Mißbrauch von Kindern wäre das eine sinnvolle Regelung gewesen.

Dennoch: Mögen die Herrschenden noch tausendmal Nein sagen – der Schutz unserer Kinder ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der NPD-Landtagsfraktion!

Deichschutz

Von 1991 bis 2006 gaben Bund und Land für den Deichschutz in Mecklenburg-Vorpommern gerade einmal 235 Millionen Euro aus, während der dreitägige G-8-Gipfel problemlos weit mehr als 100 Millionen Euro verschlang. Auf einen Gipfeltag entfallen also etwa 33 Millionen.

Ein Küstenschutztag hingegen muß sich – grob gerechnet – mit etwas mehr als 40.000 Euro zufrieden geben. Kein Wunder also, daß man von den hohen Staatsgästen keine Klagen hörte. Die sind den Küstenbewohnern vorbehalten. Sie mußten im vergangenen Herbst und Winter 7 Sturmfluten hintereinander erleben.

Fortsetzung auf Seite 2

„Nichts ist absolut sicher.“

Öffentliche Anhörung zur „Grünen Gentechnik“

Bereits Ende April fand eine solche Anhörung im Schwerin Schloß statt. Die Fraktionen hatten die Möglichkeit, Fachleute über das Für und Wider der „Grünen Gentechnik“ und insbesondere der Koexistenz von

GVO-Material nachgewiesen werden, ist der Bauer praktisch ruiniert. Neben Vertrauensverlust und der Aberkennung des Öko-Siegels droht eine Rückzahlung von Fördergeldern. Und das alles, weil Pharmakonzerne und ihre Interessenvertreter durch Versuchsfelder und Koexistenzregelungen die Agro-Gen-technik im Land etablieren.



Der von der NPD-Fraktion eingeladene Biobauer Helmut Ernst brachte in seinem 10minütigen Vortrag handfeste Argumente gegen eine Koexistenzregelung vor. Er führte u. a. aus, daß die Gefahr einer Kontamination von konventionellem durch GVO-Saatgut auf vielfältige Art und Weise erfolgen kann. „Die Wahrscheinlichkeit einer Verseuchung ist sehr hoch“, betonte er. Gleichzeitig brachte er das bisher zu wenig betrachtete Argument der Ethik ins Gespräch, denn beispielsweise die in Salat eingepflanzten Schweine-Gene stehen mit Sittlichkeit und Moral im krassen Widerspruch.

Ein düsteres, anschauliches Bild malte der Experte für die Zukunft der Bauern. Gerade der Bio-Markt ist überaus sensibel, vorschritstrenge und kontrollenreich. Sollte bei einer Untersuchung der Bioprodukte

sich diesbezüglich positiv zur Gen-Technik aus. Die von ihren Drittmitteln abhängige Rostocker Forscherin wie auch der Bayer-Vertreter gaben sich emotionslos und wollten den Zuhörern weismachen, daß die Gen-Technik risikolos, sicher und wirtschaftlich einträglich sei. Nach mehreren Rückfragen, als deutlich wurde, daß der Geist bereits aus der Flasche sei, mußte die Wissenschaftlerin jedoch eingestehen: „Nichts ist absolut sicher“.

So war der Grundtenor der Anhörung gegen Koexistenz und Gen-Technik generell eingestellt. Doch scheinen sich die Lobbyisten wieder einmal durchgesetzt zu haben: Weitere Aussaaten von GVO-Pflanzen sind in MV bekannt geworden.

Genfraß - Nein Danke!

Nein zur Gen-Technik bleibt NPD-Anliegen

Da immer mehr Ausbringungen von gentechnisch verändertem Saatgut in Mecklenburg-Vorpommern bekannt werden, aktualisiert die NPD-Fraktion dieses Thema im Landtag fortwährend. Mittlerweile hat sie drei Anträge gegen die Agro-Gentechnik sowie die damit verbundenen Patentierungen auf Lebewesen gestellt. In der Juni-Sitzungswoche des Landtages beantragte sie „Gen-Mais MON 810 unverzüglich vernichten – Freisetzungsgesetz gentechnisch veränderter Amflo-

ra-Kartoffeln stoppen“. Auch dieser Versuch, die etablierten Parteien zum Umdenken zu bewegen, scheiterte.

Solange jedoch die etablierten Marionetten-Parteien im Solde des US-amerikanisch geführten Großkapitals stehen, wird sich deren Politik gegen das Volk und sein Gedeihen richten. Die nationale Opposition wird jedoch nicht müde werden, weiter die Dinge beim Namen zu nennen und für Heimat und Volk einzustehen.



Alte Menschen nicht aufs Abstellgleis stellen

NPD-Fraktion fordert Novellierung des Heimgesetzes

Bayern ist stolz darauf, als bisher einziges Bundesland ausschließlich unangemeldete Kontrollen in Alten- und Pflegeheimen durchzuführen. Sinn dieser Vorgehensweise ist es, eventuelle Mißstände in der Seniorenpflege aufzudecken und effektiv zu beheben.

Da seit Spätsommer 2006 der Bund die Zuständigkeit für das Heimrecht an die Bundesländer weitergegeben hat, nahm sich die NPD-Fraktion Bayern zum Vorbild, um in ihrem Land nach dem gleichen guten Prinzip zu verfahren.

Der Sozialverband Deutschland ermittelte nämlich, daß jährlich 10.000 Menschen infolge schlechter Pflege sterben. Die Dunkelziffer wird weit darüber liegen. Heim-Skandale in Schleswig-Holstein, in Thüringen bis nach Bayern schlagen in den Medien immer wieder hohe Wellen. Die Zustände in manchen Heimen sind in den bekannt gewordenen Fällen derart katastrophal und menschenunwürdig,

daß diese Einrichtungen schließen mußten! Für die NPD-Fraktion hieß es daher: umgehend reagieren, bevor auch MV mit solchen Skandalen Negativschlagzeilen macht.

Nicht nur aus dem Aspekt der demographischen Entwicklung, sondern auch aus ethischen und verantwortlichkeitsbedingten Gründen der Aufbaugeneration gegenüber ist für die NPD-Fraktion sozialpolitisches Handeln eine Politikgrundlage. In dem von ihr in den Landtag eingebrachten Antrag „Humane Pflegebedingungen in Alters- und Pflegeheimen durch

Standards garantieren“ sollte in erster Linie der Schutz der Senioren in den Heimen vor Vernachlässigung und Einschränkung der Bewegungs- und Handlungsfreiheit sichergestellt werden. Es war zudem beabsichtigt, die Kontrollen in Alten- und Pflegeheimen drastisch zu verschärfen. Und das heißt für die nationale Opposition: mit ausschließlich unangekündigten Kontrollen in unterschiedlichen Zeitabständen, die gesetzlich verankert werden.

Anstatt in konstruktiver Art und Weise mit dem NPD-Antrag umzugehen, verstiegen

sich die etablierten Politiker in verbalen Beleidigungen und sprachlichen Spitzfindigkeiten. Das überaus undemokratische Vorgehen, der sich sonst immer als „wirkliche Demokraten“ bezeichnenden Systemparteien zeigte wieder einmal, daß die Worte „christlich“ oder auch „sozial“ lediglich schmückendes Beiwerk im Parteinamen sind, jedoch keine Beziehung zum tatsächlichen politischen Handeln haben. Fernab jeder Zivilcourage votierten die Altparteien in ihrem adressierten Abstimmungsverhalten gegen den NPD-Vorschlag. Man kann nur für diese Politiker hoffen, daß sie nicht im Alter auch einmal Bewohner eines Skandal-Heimes werden. Aber bei den dicken Diäten, Pensionen und was Lobbyisten ihnen sonst noch zustecken, werden sie es im Alter wohl gut haben.

Im Gegensatz zu den Blockparteien wird sich die NPD-Fraktion ihrer sozialpolitischen Aufgabe auch weiterhin bewußt sein.



NPD-Fraktion fordert: Soziale Gerechtigkeit auch im hohen Alter!

Steuergeldverschwendung gegen Rechts

LOBBI-isten-Dokumentation als Machwerk entlarvt

83 Kleine Anfragen richtete Stefan Köster, parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion, an die Landesregierung zum Thema „Politisch motivierte Straftaten in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006“. Als Ausgangsmaterial diente eine Mitteilung des zur Zuwanderungslobby zählenden Vereins „Lobby e. V.“, wonach es in jenem Jahr 103 Fälle „rechtsmotivierter Gewalt“ gegeben habe.

Bei der Landesregierung erkundigte sich die NPD nunmehr nach dem Stand der Ermittlungen ebenso wie um Erkenntnisse und Aussagen über Täter bzw. Tatverdächtige. Auch wollte sie wissen, wodurch der Verdacht begründet sei, daß es sich im jeweiligen Fall um eine politisch motivierte Straftat handelte.

Die Antworten der Landesregierung ergaben, daß von den 103 Straftaten 13 einen zweifelhaften politischen Hintergrund besaßen, 13 eindeutig nicht politisch motiviert waren, 18 einen fraglichen Zusammenhang hatten und 54 den Ermittlungsbehörden entweder nicht bekannt oder eingestellt worden waren.

Getreu dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“, kamen aus den

Reihen der Blockparteien vereinzelt Vorschläge, die auf eine Beschränkung des Fragerechts der Abgeordneten abzielten.

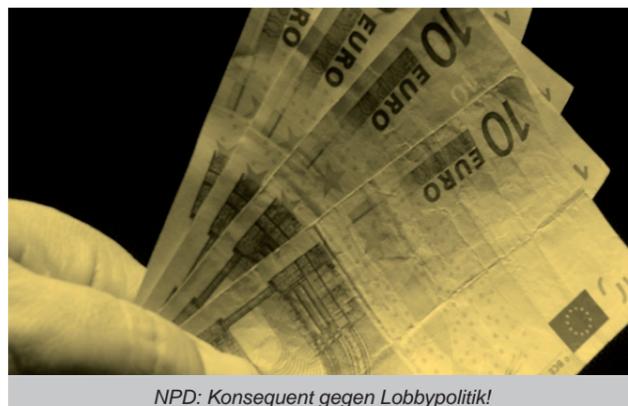
„Dieses Kontrollinstrument der Opposition einschränken zu wollen, läßt vermuten, daß die Landesregierung sich hinter ganz dicken Lügen verschanzt hat. Die Kleine Anfrage ist ein Instrument der Aufklärung und hat überdies Kontrollcharakter für die Regierungen, da durch sie Rechenschaft über bestimmte Handlungen verlangt werden kann“, erklärte Stefan Köster.

Die Hetze ging indes weiter. Ende April erschien in der medialen Sudelküche namens „Nordkurier“ ein Beitrag über die Anfragen. Mit ihnen wolle sich die NPD „offenbar gezielt Einblicke“ in die Arbeit des Vereines verschaffen, der sich die Betreuung von „Opfern rechter

Gewalt“ auf die Fahnen geschrieben habe. Ein Faktum enthielt der übelriechende Mix aus Wahrheit und Lüge immerhin: Natürlich ging und geht es der Opposition im Schweriner Landtag um Angaben zur Arbeitsweise eines Vereines, der 2006 offiziell von der Landesregierung 34.300 Euro erhielt und der sich auf ein Gerüst stützt, das aufgrund dilettantischer Statistiken und nachweislicher Fälschungen kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Lobby e. V. trägt seinen Namen völlig zurecht. Hat er doch offensichtlich eine Lobby bei den Systemparteien, denen kein Schauermärchen über die nationale Bewegung zu peinlich ist, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Die NPD fordert unverändert die Streichung jeglicher Zuwendung aus staatlichen Mitteln für den linken Propaganda-Verein.



NPD: Konsequenz gegen Lobbypolitik!

Artikel Deichschutz

Fortsetzung von Seite 1

In Anklam stand eine Bootswerft unter Wasser, auf der Schloßinsel von Wolgast trat der Peenestrom an drei Stellen über die Ufer. Bei der Stadt Usedom sickerte Wasser durch einen Deich, bei Greifswald brach sogar einer. 90 Deiche mit einer Länge von 210 Kilometern entlang des Achterwassers, des Peenestroms und des Greifswalder Boddens befanden sich am Rande der Belastungsgrenze.

Dazu sagte der Leiter des staatlichen Amtes für Umwelt und Natur in Ueckermünde: „Die Deiche an den Inselküsten der vorpommerschen Bodengewässer seien für Dauerbelastungen von lange anhaltenden hohen Wasserständen nicht ausgelegt. Nach den Regeln der Technik hätten die Deiche der Dauerbelastung nicht standhalten müssen.“

Aufgrund dieser Erfahrungen forderte die NPD im Landtag ein neues Deichschutzkonzept, das den veränderten klimatischen Bedingungen angepaßt sein sollte. Aber die Blockparteien taten dies als Panikmache ab. Sie verprassen lieber Unsummen für Prunkprojekte wie den G-8-Gipfel, wo sie der Welt ein Land präsentierten, das sie gleichzeitig aber im Stich lassen.

Eine Weltausbeutungsordnung – schlimmer als im Alten Rom!

Im Gespräch mit
Michael Andrejewski
zum Thema G-8-Gipfel

Frau Bretschneider lobt in ihrer Eigenschaft als Präsidentin des Landes-Tourismusverbandes den G-8-Gipfel, was die Effekte für MV betrifft, über den grünen Klee. Herr Andrejewski, wie ist Ihre Meinung zu den Jubelarien?

Da gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder sie glaubt das wirklich, dann befindet sie sich jenseits der Realität und lebt in einer Phantasiewelt. Oder sie lügt bewußt und versucht, eine „Propaganda-Version“ durchzusetzen.

„Propaganda-Version“? Gehen Sie bitte noch einmal näher darauf ein.

Bei der Landesregierung ist die Tendenz zu beobachten, die Wahrheit einfach zu ignorieren, sich eine „Propaganda-Version“ auszu-denken und dann durchzupauken, ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit. Das machte Ringstorff so im Wahlkampf mit seinen 346 Firmenneugründungen. Das machen sie mit ihrem Märchen vom Aufschwung. Das machen sie mit ihrer Behauptung, jetzt mit Bayern und Baden-Württemberg gleichziehen. Und so machen sie das auch mit dem G-8-Gipfel. Sie denken sich vorher eine „Propaganda-Version“ aus und die halten sie dann durch, ganz egal, was passiert. In dem Glauben, das Volk würde schon glauben, was in der Zeitung steht und in der Hoffnung auf die Vergeßlichkeit der Bürger.

Nahezu 100 Millionen Euro kostet der Gipfel vornehmlich das Land, aber

auch den Bund nach jetzigem Stand. Die rot-rote Regierung veranschlagte die Kosten vor anderthalb Jahren noch im unteren zweistelligen Bereich. Was sagen Sie dazu?

Der Gipfel in Glen-Eagels in Schottland 2005 hat 120 Millionen Euro gekostet. Da es keinen Grund gab anzunehmen, daß die Aufwendungen für Heiligendamms hätten geringer ausfallen sollen und man eher annehmen kann, daß sich die Gipfel-Aufwendungen immer im gleichen Bereich abspielen. Es gab nicht den geringsten Anlaß zu glauben, der Gipfel würde wesentlich billiger werden. Man hätte eher davon ausgehen müssen, daß es jedesmal teurer wird, da die „Show“ jedesmal aufwendiger gestaltet werden muß. Deswegen kann es sich nur um eine bewußte Lüge gehandelt haben, daß Ringstorff bis zum Abschluß des Koalitionsvertrages mit

der CDU die Kosten so niedrig angegeben hat.

Bekam man angesichts verbotener NPD-Demonstrationen und -Kundgebungen sowie terrorgleicher Ausschreitungen Linksautonomer am 2. Juni in Rostock nicht den Eindruck von einer Außerkräftsetzung des Rechtsstaates?

Von Rechtsstaat kann man nur im eingeschränkten Sinne reden. Das hier ist ein Schönwetter-Rechtsstaat: Wenn keine wesentlichen Parteiinteressen auf dem Spiel stehen, dann kann man schon mal Glück haben, auch als Kritiker oder Dissident einen Prozeß zu gewinnen. Wenn es aber um wirklich wichtige Dinge geht, dann schauen die Richter eher in ihre Parteibücher als in die Gesetzbücher. Schließlich sind sie ja auch nach Parteizugehörigkeit ausgewählt worden und dann muß man

mit jedem Willkür-Urteil rechnen.

So auch beim unwürdigen und die nationale Seite klar benachteiligenden Hickhack um die Demonstrationen in Schwerin, Ludwigslust und Rostock?

In diesem Fall ging es darum, möglichst die friedlichen und bunten Bilder für den G-8-Gipfel zu bekommen. Dazu mußte man die Linken beschwichtigen. Das hat man mit dem Verbot der NPD-Demo versucht. Man hat gehofft, dann würden sie sich zurückhalten und nicht gewalttätig werden. Ganz in der Tradition des ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Glogowski, der zum Beschwichtigen von Punkern Rattenkäfige zur Verfügung stellte – für ihre mitgebrachten Haustiere. Das Ganze spielte sich in den 90er Jahren während der berühmten Chaostage in Hannover ab. Aber das

hat schon damals nicht funktioniert.

Die Macht der Bilder sprach eine klare Sprache: hier die friedlichen nationalen Demonstrationen, dort die häßlichen, durch Linksautonome hervorgerufenen Krawallbilder von Rostock, die um die Welt gingen. Was sagen Sie dazu?

Willkommen in der Medien-Gesellschaft. Das spricht gegen die Etablierten. Sie wünschen sich zwar – auch in der Gestalt der Frau Bretschneider –, die positiven bunten Bilder würden dominieren, aber die Medien-Gesellschaft funktioniert so, daß die stärksten Bilder ein Ereignis definieren – das waren im Fall des Gipfels nun einmal die Gewaltbilder der linkskriminellen Chaoten. Die sind hauptsächlich um die Welt gegangen. Mit diesen Bildern wird der G-8-Gipfel in Deutschland auch in Zukunft verbunden werden, sofern sich in zwei bis drei Wochen überhaupt noch jemand an dieses Eintagsfliegen-Ereignis erinnern wird. Kein Mensch wird an die bunten Bilder denken, die es am Rande sicherlich auch gegeben hat.

Wie bewerten Sie die Ergebnisse des Luxus-Kaviar-Gipfels an sich?

Es gibt überhaupt gar keine Ergebnisse. Das Problem war ja, daß die Gipfel anfangs sogar einen gewissen Wert hatten. Es ist ja durchaus sinnvoll, wenn sich die führenden Politiker mal treffen und sich austauschen. Dann wurde es von den Me-

dien hochgejubelt, zu einer Art „Erlösungstatbestand“, wie Merkel sogar richtig gesagt hat, so daß man sich von den Gipfeln die dollsten Sachen erwartet sowie die Lösung sämtlicher Weltprobleme, was die Gipfel natürlich nicht mal im Ansatz leisten können, so daß sie aus dem Ruder gelaufen sind. Sie sind nicht nur sinnlos, sondern auch gefährlich. Die konkreten Ergebnisse sind gleich Null. Man will ernsthaft ins Auge fassen, den Klimawechsel zu verhindern, was angesichts der Wirtschaftslobby-Politik ein Witz ist.

Während des Gipfels war allerorten die Rede von einer gerechten Globalisierung. Glauben Sie, daß es so etwas geben kann?

Dazu muß man klarstellen, daß der G-8-Gipfel mit dem Globalisierungsvorgang gar nichts mehr zu tun hat. Die Globalisierung wird an ganz anderen Orten besprochen und vorangetrieben. Globalisierung ist die weltweite Ausbreitung von Dingen. Das können vernünftige sein, wie Medikamente. Es wäre auch Globalisierung, wenn irgendwo ein Mittel gegen Krebs entdeckt und anschließend weltweit ausgebreitet wird. Es kann aber auch gefährlich sein, wenn bösartige Sachverhalte sich über die Welt ausbreiten, und davon ist die Globalisierung dominiert. Es breiten sich aus: Ausbeutung und Mobilmachung von Menschen als „Humankapital“, Ausbeutung von Ressourcen, Kriminalität und feudale Herrschaftsverhältnisse. Eine Weltausbeutungsordnung – schlimmer als im Alten Rom!



Michael Andrejewski (Jahrgang 1959) ist innenpolitischer Sprecher der NPD-Fraktion. Als Rechtsanwalt mit Befähigung zum Richteramt verurteilt er die rechtswidrigen Geschehnisse rund um den Luxus-Kaviar-Gipfel. Er spricht sich auch deutlich gegen die menschenverachtende Globalisierung der Herrschenden aus.

Plagiat oder Prestigesucht?

In der März-Sitzung thematisierte die NPD-Fraktion den geplanten Braunkohleabbau in der Griesen Gegend. In der Antragsbegründung führte dabei der Oppositionsführer Udo Pastörs u. a. aus, daß die etablierten Parteien den Antrag doch in abgewandelter Form einbringen können, um dann politisch korrekt abstimmen zu können. Und so geschah es jetzt auch.

Unter der Überschrift „Kein Braunkohletagebau in der Griesen Gegend“ (Drs. 5/660) brachten die übrigen Fraktionen in Blockparteiemanier einen neuen Antrag ein. Der NPD-Fraktion warfen sie seinerzeit Populismus vor, obwohl die NPD-Fraktion ihr ernsthaftes Anliegen schon allein durch das Engagement im Verein „Braunkohle-Nein“

zeigte. Nun scheinen die Altparteien die Prestigeträchtigkeit des Problems erkannt zu haben und versuchen, die Lorbeeren für sich zu ernten. Da es der NPD-Fraktion nicht um derartige Banalitäten, sondern um einen alternativen politischen Einsatz für Heimat und Volk geht, wird sie nicht so engstirnig wie die Scheidemokraten sein, sondern die Verhinderung des Braunkohleabbaus unterstützen.

Ganz besonders freut es die NPD-Fraktion, daß sie mit ihrem eingetragenen Steuerungsantrag im parlamentarischen System eingenommen hat und das Anliegen der Bürger im Landtag thematisieren konnte.

Ein Blick hinter die Kulissen

Dr. Nieszery und das Problem mit der Zuordnung

Archäologen leisten für die Aufbereitung der Vorzeit nahezu unverzichtbare Dienste. Beim Erfassen und Rekonstruieren von Schwertern, Tonkrügen oder Schmuckschnallen sind Exaktheit und Fingerspitzengefühl gefragt. Und: die Zuordnung muß stimmen.

Der SPD-Abgeordnete Dr. Norbert Nieszery gehört seit vielen Jahren zu jener Zunft. In Kiel studierte er u. a. Ur- und Frühgeschichte (1992 Promotion). In den frühen Neunzigern war er als Abteilungsleiter Stralsund des Amtes für Bodendenkmalpflege tätig. Wieder gefragt: Exaktheit, Fingerspitzengefühl und – Zuordnung.

Aber: wenn's im beruflichen Leben zumeist flutscht, muß das in anderen Bereichen nicht immer so sein. Im po-

litischen Sektor hat Nieszery, Vorsitzender des Landtags-Innenausschusses, deutliche Schwierigkeiten, die richtige Zuordnung der Fundstücke auf die Reihe zu bekommen. Die im Vorfeld des G-8-Gipfels vorgenommenen Razzien in der linksautonomen Szene nahm er zum Anlaß für eine gewagte Behauptung: „Weder Hausdurchsuchungen noch untaugliche RAF-Vergleiche hätten dazu geführt, daß in den Gruppen der G-8-Gegner eine wirkliche Bedrohung auszumachen sei.“ „Die eigentliche Gefahr“ komme vielmehr vom rechten Lager, das am 2. Juni in Schwerin „massiv“ zu „provizieren“

gedenke. Die Wirklichkeit war an jenem Tag bekanntlich (wieder einmal) eine andere: In Rostock üble Ausschreitungen von über 3.000 vermummten „Antifa“-Chaoten mit 1.000 Verletzten (darunter weit über 400 Polizisten), in Berlin und einem Dutzend weiterer Orte friedliche nationale Bürgerinnen und Bürger, die spontane Aufzüge veranstalteten.

Doch selbst jetzt hatte Nieszery Schwierigkeiten mit der Zuordnung. Er verteidigte das „Deeskalationskonzept“ der polizeilichen Einsatzleitung, „das nicht stündlich modifiziert werden kann, nur

weil es an der einen oder anderen Stelle zu schwierigen (!) Situationen gekommen ist.“ Wiederum bar jeder Kenntnis bezeichnete er die NPD dagegen als „unzumutbares Risiko“, da sie an besagtem 2. Juni „illegale Aufmärsche veranstaltet und mit den Sicherheitsbehörden Katz und Maus“ gespielt habe. Daß alle Deutschen sich unangemeldet und friedlich unter freiem Himmel versammeln dürfen, wie es das Grundgesetz gestattet, unterschlägt der mit pathologischen Beißreflexen gegen alles Nationale vorgehende Nieszery auf selbstherrliche Weise. Der Unfähigkeit zur richtigen Zuordnung auf einem bedeutsamen Gebiet, nämlich der inneren Sicherheit, läßt sich da nur mit einer Forderung begegnen: Räumen Sie Ihren Platz im Innenausschuß!



Privatisierung ist Diebstahl!

Kein weiterer Verkauf kommunaler Wohnungen

Die etablierten Politiker sind „Fundamentalisten der trickreichen Durchtriebenheit“. Was immer sie anstreben, niemals nennen sie ihre wahren Motive. Jede öffentliche Äußerung hat den Charakter eines hinterhältigen Täuschungsmanövers.

Besonders gerne verbergen sie ihre primitiven Macht- und Geldinteressen hinter aufgeblasenem moralischen Getue. Als der damalige SPD-Bundesvorsitzende Müntefering im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf des Jahres 2005 Spekulantenfirmen, die in Deutschland kommunale Wohnungsunternehmen aufkaufen und dann ausschlackten, in einer „Heuschreckenliste“ aufführte, hatte er nicht darauf geachtet, daß einige der angeprangerten Damen und Herren Kapitalisten leider jüdischen Glaubens gewesen sind. Schon wurde er als antisemitischer Hetzer hingestellt – genau so, wie er und seinesgleichen es gerne mit der NPD machen, weshalb Mitleid fehl am Platz ist.

Aber man erkennt die Taktik: Millionengewinne sind einzusacken, jemand steht im Wege, was unternehmen die interessierten Kreise? Sie betreiben die Diffamierung ihrer Gegner als Juden- oder Ausländerfeinde, um sie zu erledigen und anschließend abzukassieren. Und mit dem Ankauf kommunaler Wohnungsgesellschaften ist viel Geld zu machen!

Als die NPD das Thema im Landtag aufgriff, wurde sie mit einer zweiten etablierten Lieblingstaktik konfrontiert, die so geht: Obwohl man über alle nötigen Informationen verfügt, stellt man sich

einfach dumm und behauptet nach der absehbaren Katastrophe, dies habe doch nun wirklich keiner ahnen können. Ganz so, wie es George W. Bush nach der Überflutung von New Orleans gemacht hat. Anhand vieler Beispiele zeigte die NPD auf, welche Folgen die Übernahme kommunaler Wohnungsunternehmen für die Mieter in der Regel nach sich zieht. Die Spekulanten bezahlen den Kauf mit den Finanzreserven des betreffenden Unternehmens und lassen es gewaltige Kredite auf-



Die Herrschenden spielen mit unserem Volk Monopoly...

nehmen, die dann in ihre Taschen fließen. Investitionen werden nicht mehr getätigt, die Häuser verfallen. Mitarbeiter werden entlassen. Die wertvollsten Teile der Beutefirma „versilbern“ die neuen Eigentümer, um sich nach vollbrachter Ausschachtung davonzumachen.

Auch wenn sich dieses Szenario schon oft abgespielt hat – die Etablierten tun so, als wüßten sie nichts. 850.000 kommunale Wohnungen haben sie bereits verschachert, nur, um Kasse zu machen und sich noch etwas länger an der Macht zu halten. Und wenn sie dafür Anne Frank persönlich als Antisemitin verdammen müßten.

Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
 V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.
 Bildnachweis: pixelio.de (Seite 1, 2, 4)
 Redaktionsschluß: 06.06.2007

INFO-GUTSCHEIN

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
 Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21

Hartz-IV

Alls bleibt bien oln – weiterhin fehlende Durchschaubarkeit bei „Kosten der Unterkunft“

Transparenz lautet einer der großen Ansprüche in diesem System. Die Realität ist, wie nahezu jeder weiß, in immer mehr Bereichen des Lebens eine andere. Die Wohn-Richtlinien für ALG-II-Bezieher machen da keine Ausnahme. Nehmen wir hierbei nur die behördliche Informationspolitik zu den Kosten der Unterkunft (KDU) und zu einmaligen Leistungen. M-V gleicht hier einem Flickenteppich. Entscheidende Richtdaten wie Mietobergrenzen und die „angemessene Wohnfläche“ werden gegenüber den Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II wie Geheimwissen behandelt.

Beim Beantworten entsprechender Erstanträge oder Widersprüche berufen sich Sozialbehörden vielfach auf Bestimmungen, die sie überdies oft nur auszugsweise zitieren. Gerade alleinstehende Hartz-IV-Opfer könnten in gefährliche Situationen geraten, wenn sie in Unkenntnis über das Erlaubte „unangemessen“ große oder teure Wohnungen anmieten, für die dann letztlich nur eine teilweise oder überhaupt keine Kostenübernahme erfolgt.

Richtungsweisender NPD-Antrag

Die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag stellte vor diesem Hintergrund einen Antrag, daß besagte Richtlinien Hartz-IV-Empfängern besser zugänglich gemacht werden. Der Wortlaut: „Der Landtag möge beschließen: Die Landesregierung soll allen Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) des Landes sowie der Sozialagentur Ostvorpommern empfehlen, ihre Richtlinien hinsichtlich der Kosten der Unterkunft sowie der einmaligen Leistungen



über das Weltnetz, durch Handreichungen, Auslagen der Ämter und individuelle postalische Information den Bezieher von ALG-II zugänglich zu machen.“ Verwiesen wurde dabei auf das nachahmenswerte Beispiel der Behörden des Landkreises Parchim, zumindest, was deren Weltnetz-Aktivitäten betrifft. Da aber nicht jeder Haushalt über einen PC mit Netzzugang verfügt, zieht die NPD auch andere Möglichkeiten der Benachrichtigung in Betracht, um so eine lückenlose Information Betroffener zu erlangen. Viele Verfahren vor Sozialgerichten ließen sich überdies vermeiden. Eine Planungsgrundlage für einen

wesenhaften Bereich der Lebensgestaltung wäre gegeben, heißt es in der Antragsbegründung weiter.

Die Blockparteien lehnten selbst diesen NPD-Antrag ab, der ohne großen Aufwand umsetzbar wäre. Vom „nächsten Akt in einem pseudodemokratischen Theaterstück“ sprach der NPD-Abgeordnete Michael Andrejewski, der deutsche Interessen auch in der Anklamer Stadtvertretung sowie im Kreistag Ostvorpommern vertritt und bis zum Landtagseinzug selber Hartz-IV bezog. „Was hier heute geschah, ist die Verhöhnung der Opfer durch Hartz-IV“, so Andrejewski abschließend.

Gesundheitspolitik

Mehrwertsteuer für Medikamente runter

Die Arzneimittelausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind im Mai 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um 5 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro gestiegen. Die größte Belastung für die Krankenkassen stellt dabei die erhöhte Mehrwertsteuer dar: Sie trug 2,6 Prozentpunkte und damit mehr als die Hälfte zum Kostenwachstum bei. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres belastete die Mehrwertsteuererhöhung die Krankenkassen mit 260 Millionen Euro. Für das Gesamtjahr 2007 ist mit Mehrausgaben in Höhe von über 600 Millionen Euro zu Lasten der GKV zu rechnen. Diese staatlich geförderten Mehrausgaben werden nun auf den Kassenpatienten in Form der Er-

höhung von Beitragssätzen umgelegt.

Über eine Bundesratsinitiative wollte die NPD-Fraktion erreichen, daß der Mehrwertsteuersatz für verschreibungspflichtige Medikamente von 19 auf 7 Prozent abgesenkt wird.

Dazu sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Stefan Köster, bei der Einbringung des Antrages in den Landtag: „Es ist recht und billig, daß neben Brot, Butter und anderen Dingen wie Hundefutter, Schnittblu-

men und Tiermedikamenten auch die apothekenpflichtigen Medikamente für Menschen dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen. Es ist steuersystematisch wohl kaum begründbar, warum Antibiotika für Hunde nur mit 7 Prozent Mehrwertsteuer belegt werden, während Antibiotika für Kinder, für ältere Menschen, für jüngere Menschen, für jeden, der es braucht, mit 19 Prozent belegt werden.“

Eine plausible Erklärung für diese Fragen fanden die anderen Landtagsparteien wieder einmal nicht. Trotzdem lehnten sie in Blockpartei-Manier einen sinnvollen Lösungsansatz zur Reduzierung der Kosten für das Gesundheitswesen ab.



Bildungspolitik

Schließung der Jurafakultät ist eine Pleiteerklärung

2005 wurde bekannt, daß die traditionsreiche berufsqualifizierende Juristenausbildung in Rostock auf der Streichliste der Sparkommissare steht. Nur noch ein Universitäts-„Standort“, Greifswald, solle den Staatsexamens-Studiengang Rechtswissenschaft anbieten. Am 17. Mai 2006 stimmte der Landtag mehrheitlich der vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur eingebrachten „Zielvorgabe“ zu - eine rot-rote Entscheidung mit Folgen. Zwei Monate

später entstand die Volksinitiative „Pro Jura“, zu der auch anerkannte Fachleute gehören. Bis zur Landtagswahl 2006 sammelte sie mehr als 15.000 Unterschriften, womit das neue Parlament immerhin verpflichtet war, sich dem Thema zu widmen.



Die Initiative wurde jedoch in Engstirnigkeit von den Etablierten abgelehnt. Nur 11 Stimmen waren gegen die Ablehnung, wobei 6 Stimmen davon der NPD zuzurechnen sind. Die Entscheidung, nur noch das Wintersemester 2007/2008 aufzunehmen, ist für die Uni nichts weiter als ein „Tod in Raten“. Dabei hatte Wirtschaftsminister Seidel (CDU) im Wahlkampf 2006 noch einen „Erhalt der Fakultät“ versprochen. Zu Recht spricht man deshalb heute von Wahlbetrug!



Keine elektronischen Wahlmaschinen!

„Die Wahlen gewinnt, der die Stimmen auszählt“. Getreu diesem Ausspruch des Massenmörders Josef Stalin handelten die SED-Kommunisten und manipulierten die Wahlen in der DDR. Auch heute steht die Freiheit der Wahlen wieder auf dem Spiel – durch Wahlcomputer!

Wahlmaschinen sind leicht manipulierbar, nicht nur von den Bedienern, sondern auch durch „Hacker“ von außerhalb. So schaffte es der „Chaos Computer Club“, das Ergebnis einer Wahlmaschine innerhalb von nur 60 Sekunden gänzlich zu ändern. Darüber hinaus sind Wahlcomputer benutzerunfreundlich – gerade für ältere Menschen.

Um Wahlen in unserem Land vor Manipulationen jedweder Art zu schützen und dem Wähler die Geheimhaltung seiner Wahl zu garantieren, forderte die NPD-Fraktion, den Einsatz der anfälligen Maschinen zu unterbinden. Ohne inhaltliche Auseinandersetzung wurde der Antrag von den Etablierten abgelehnt.